

## Aktuelle Berichte

# Fiskalische Wirkungen der Zuwanderung

## In aller Kürze

- Im Jahr 2012 überstiegen die Steuer- und Abgabenzahlungen der ausländischen Bevölkerung in Deutschland die empfangenen Transfers und personenbezogenen Leistungen des Staates pro Kopf um 3.300 Euro.
- Wenn die allgemeinen Staatsausgaben und -einnahmen gleich auf Deutsche und Ausländer verteilt werden, ergibt sich ein positiver Saldo von 200 Euro pro Kopf, unter Berücksichtigung der Zinslast ein negativer Nettobeitrag von 590 Euro pro Kopf der ausländischen Bevölkerung. Dieser negative Nettobeitrag ist nicht mit den fiskalischen Wirkungen der Zuwanderung zu verwechseln.
- Nach einer Berechnung von Hans-Werner Sinn ergibt sich ein negativer Nettobeitrag von 1.800 Euro pro Kopf der ausländischen Bevölkerung. Diese Berechnung beruht darauf, dass die allgemeinen Staatsausgaben und Zinsen proportional auf Deutsche und Ausländer verteilt, ein Teil der allgemeinen Staatseinnahmen aber einseitig der deutschen Bevölkerung zugerechnet werden. Das ist ökonomisch kaum zu begründen.
- Durch Zuwanderung steigen die Einkommen der einheimischen Bevölkerung. Berücksichtigt man die dadurch steigenden Steuer- und Abgabenzahlungen, fällt die Bilanz positiver aus.
- Langfristig ergeben sich durch Zuwanderung erhebliche Nettogewinne für die öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungssysteme, weil die gegenwärtigen Zuwanderer sehr viel besser qualifiziert und in den Arbeitsmarkt integriert sind als der Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung im Jahr 2012. Zudem kommt durch den demografischen Wandel die günstige Altersstruktur der Zuwanderer stärker zum Tragen. Nettoverluste würden nur dann entstehen, wenn die durchschnittliche Qualifikation der künftigen Zuwanderer die des Durchschnitts der ausländischen Bevölkerung im Jahr 2012 nicht überstiege.

# 1 Die fiskalische Bilanz der ausländischen Bevölkerung 2012

## 1.1 Grundsätzliche Unterscheidungen

### **Fiskalischer Nettobeitrag der Ausländer und Auswirkungen der Zuwanderung auf die öffentlichen Finanzen**

In der öffentlichen Diskussion wird die Frage, ob Ausländer netto einen größeren oder kleineren Beitrag zu den öffentlichen Haushalten und Sozialversicherungssystemen leisten als Deutsche mit der Frage vermischt, ob sich Zuwanderung positiv oder negativ auf die öffentlichen Finanzen auswirkt. Wenn wir zwei Gruppen vergleichen – Frauen und Männer, Ostdeutsche und Westdeutsche, Ausländer und Deutsche – wird immer eine dieser Gruppen einen höheren Nettobeitrag zu den öffentlichen Finanzen leisten als die andere. Das bedeutet jedoch nicht, dass diejenige Gruppe, die einen höheren Beitrag leistet, fiskalpolitisch besser gestellt wäre, wenn es die andere Gruppe nicht gäbe. Dazu müssten wir wissen, ob ohne die andere Gruppe ihr Einkommen und folglich ihre Steuer- und Abgabenzahlungen sinken oder steigen würden, wie sich Umfang und Struktur der staatlichen Ausgaben ohne die andere Gruppe verändern würde, ob die Kosten für die Bereitstellung staatlicher Leistungen mit zunehmender Bevölkerungsgröße proportional oder unterproportional wachsen, usw. Derartige Berechnungen werden in den vorliegenden Studien nicht oder nur unzureichend vorgenommen.

### **Kurzfristige und langfristige Effekte**

Der Nettobeitrag der gegenwärtig in Deutschland lebenden ausländischen Bevölkerung zu den öffentlichen Finanzen und Sozialversicherungssystemen ist von dem Nettobeitrag der aktuellen und künftigen Zuwanderer zu unterscheiden. Der Nettobeitrag der ausländischen Bevölkerung ist nur eine Momentaufnahme, in der sich die Qualifikation und Arbeitsmarktintegration lang vergangener Zuwanderergenerationen und ihrer Nachkommen spiegelt. Der Nettobeitrag der gegenwärtigen und der künftigen Zuwanderer ist sehr viel günstiger: Sie sind besser qualifiziert, besser in den Arbeitsmarkt integriert und deutlich jünger als der Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung. Zudem wird die deutsche Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten sehr stark altern und entsprechend mehr Transferleistungen beziehen.

## 1.2 Der fiskalische Nettobeitrag von Ausländern und Deutschen 2012

### **Positiver Saldo der Steuern und Abgabenzahlungen über Transfers und personenbezogene Staatsausgaben von 3.300 Euro**

Im Jahr 2012 überstiegen die gezahlten Steuern und Abgaben der in Deutschland lebenden Ausländer die persönlich zurechenbaren Leistungen des Staates und der

Sozialversicherungen (Transferleistungen, Bildungsausgaben etc.) um 3.300 Euro pro Kopf. Dies geht aus einer Studie von Holger Bonin vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hervor. Die über den weiteren Lebensverlauf aufsummierten Nettozahlungen, die von den heute in Deutschland lebenden Ausländern geleistet werden, ergeben einen Wert von durchschnittlich 22.300 Euro pro Kopf.

### **Berücksichtigung der allgemeinen Staatsausgaben und -einnahmen**

Neben den persönlich zurechenbaren Einnahmen und Ausgaben des Staates (Steuern und Abgaben, Renten und andere Transferleistungen, Bildungsausgaben) gibt es noch viele andere Ausgaben des Staates (Landesverteidigung, physische Infrastruktur, Verwaltung, Transfers an Unternehmen usw.). Dem stehen auch Einnahmen gegenüber (Abgaben und Gebühren, nicht persönlich zurechenbare Vermögenssteuern, Erlöse des Staatsvermögens, Bundesbankgewinn usw.). Der Saldo dieser Ausgaben und Einnahmen betrug 2012 249 Mrd. Euro. Wie er sich auf Ausländer und Deutsche verteilt, ist nicht bekannt (s.u.). Verteilt man ihn proportional auf Ausländer und Deutsche, ergibt sich ein positiver Saldo von 200 Euro<sup>1</sup>, legt man auch die Zinsausgaben des Staates gleich auf Ausländer und Deutsche um, ergibt sich ein negativer Saldo von 590 Euro pro Kopf der ausländischen Bevölkerung.

## **1.3 Die Rechnung von Hans-Werner Sinn**

### **Einseitige Zurechnung der sonstigen Staatseinnahmen**

Hans-Werner Sinn vom ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hat dagegen eine Rechnung vorgelegt, bei der sich ein negativer Saldo pro Kopf der ausländischen Bevölkerung von 1.800 Euro ergibt.<sup>2</sup> Er ist zu diesem Ergebnis gelangt, weil er zwar alle allgemeinen Staatsausgaben und die Zinslast proportional auf Deutsche und Ausländer verteilt, einen Teil der allgemeinen Staatseinnahmen in Höhe von 97,6 Mrd. Euro aber *ausschließlich* der deutschen Bevölkerung zurechnet. Dabei handelt es sich u.a. um Vermögenseinkommen des Staates, Einnahmen aus Vermögenstransfers (u.a. Rückflüsse aus Transfers an private Unternehmen und Haushalte, Investitionszuschüsse, vermögenswirksame Steuern) und aus sonstigen Transfers (z.B. Kapitalrückflüsse aus der Entwicklungszusammenarbeit). Auch der Bundesbankgewinn zählt dazu.

### **Die einseitige Zurechnung der sonstigen Staatsausgaben auf die deutsche Bevölkerung ist schwer haltbar**

Hans-Werner Sinn argumentiert, dass die sonstigen Staatseinnahmen der deutschen Bevölkerung gehören.<sup>3</sup> Wenn die ausländische Bevölkerung an allen allgemeinen Kosten und Investitionen sowie der Staatsverschuldung beteiligt, aber von den Erträgen und Erlösen dieser Kosten und Investitionen ausgeschlossen wird, kann ihr fiskalscher

<sup>1</sup> Vgl. auch Holger Bonin, Zeitonline, 9.1.2015.

<sup>2</sup> FAZ vom 29.12.2014.

<sup>3</sup> Vgl. Sinn, Wirtschaftswoche, 11.2.2015, Sinn, Ifo-Schnelldienst, 3/2015.

Nettobeitrag jedoch nicht ermittelt werden. Die staatlichen Haushalte ziehen alle Steuer- und Abgabenzahler, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, zu den Kosten des Aufbaus staatlichen Vermögens heran. Sie müssen folglich auch an den Erträgen dieses Vermögens beteiligt werden. Im Einzelnen ist die Argumentation aus folgenden Gründen inkonsistent:

- Anders als von Hans-Werner Sinn behauptet, setzt sich nur eine Minderheit der sonstigen Staatseinnahmen aus den Erlösen staatlichen Vermögens wie Kapitalerträgen, Pachten oder Vermögensveräußerungen zusammen. In der Mehrheit handelt es sich um Positionen wie Rückflüsse aus staatlichen Vermögenstransfers, aus Zahlungen an das Ausland usw., die auf der Ausgabenseite entsprechende Zahlungen auslösen. Hans-Werner Sinn beteiligt die Ausländer zwar an allen Ausgaben dieser Positionen, nicht aber an ihren Einnahmen.
- Ausländer tragen genauso wie Deutsche durch ihre Steuern und Abgaben zum Aufbau staatlichen Vermögens bei, etwa durch staatliche Investitionen. Auch finanzieren sie durch ihre Steuern und Abgaben die Defizite staatlicher Unternehmen. In der Rechnung von Hans-Werner Sinn werden Ausländer zwar z.B. an der staatlichen Subventionierung der Investitionskosten eines Großflughafens beteiligt, nicht aber den Erträgen, die entstehen, wenn dieser Großflughafen Gewinne für eine staatliche Flughafengesellschaft abwerfen sollte.
- Nicht zutreffend ist die Argumentation von Hans-Werner Sinn, Ausländer hätten keinen Beitrag zum Aufbau staatlicher Vermögenswerte geleistet, weil sie gerade erst ins Land gekommen seien.<sup>4</sup> Die Bilanz von Bonin bezieht sich nicht auf (Neu-)Zuwanderer, sondern die ausländische Bevölkerung in Deutschland, die im Durchschnitt seit mehr als 18 Jahren hier lebt und in der großen Mehrheit während dieser Zeit Steuern und Abgaben gezahlt hat. Die fiskalische Bilanz für die Neuzuwanderer würde aufgrund ihres niedrigen Transferbezugs sehr viel besser ausfallen.
- Schließlich ergibt sich der Bundesbankgewinn u.a. aus dem Geldumlauf in der gesamten Bevölkerung, also von Deutschen und Ausländern. Er kann folglich nicht einseitig der deutschen Bevölkerung zugerechnet werden.
- Hans-Werner Sinn argumentiert, dass die allgemeinen Staatseinnahmen erst dann auf die Migranten umlegt werden dürfen, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben. Nach dieser Logik wäre der Nettobeitrag der Migranten zu den öffentlichen Haushalten im Jahr 2012 um rd. 98 Milliarden Euro gestiegen, wenn Deutschland alle Ausländer einbürgert hätte, ohne dass eine ökonomische Veränderung stattgefunden hätte.

<sup>4</sup> Vgl. Sinn, Wirtschaftswoche, 11.2.2015 Sinn, Ifo-Schnelldienst, 3/2015.

## 1.4 Werden die fiskalischen Effekte korrekt ermittelt?

### Nehmen Ausländer und Deutsche im gleichen Umfang staatliche Leistungen in Anspruch?

Die o.g. Berechnungen verteilen die allgemeinen Staatsausgaben gleich auf Ausländer und Deutsche. Diese Annahme ist aber nicht zwingend realistisch: Wer wie die ausländische Bevölkerung weniger Mineralöl- und KFZ-Steuer bezahlt, wird auch die Straßen weniger benutzen. Gleiches gilt für viele andere – wenn auch nicht für alle – staatlichen Leistungen (Opernhäuser, Theater, Bibliotheken), die von den einkommensstärkeren Gruppen überdurchschnittlich genutzt werden.<sup>5</sup> Eine präzisere Zurechnung staatlicher Leistungen in Hinblick auf ihre Inanspruchnahme würde die Bilanz voraussichtlich zu Gunsten der ausländischen Bevölkerung verschieben.

### Wachsen die Staatsausgaben proportional mit der Bevölkerungszahl?

Viele Volkswirte bestreiten, dass die allgemeinen Staatsausgaben proportional auf die ausländische Bevölkerung umgelegt werden können: Sie wenden gegen die Rechnung von Hans-Werner Sinn ein, dass nur die Grenzkosten, also die durch Zuwanderung zusätzlich anfallenden Staatsausgaben, umgelegt werden dürfen.<sup>6</sup> Dem hält Sinn entgegen, dass die Grenzkosten der Nutzung staatlicher Leistungen wie der physischen Infrastruktur gleich ihren Durchschnittskosten seien, so dass die Kosten gleich verteilt werden dürften.<sup>7</sup> Das gilt jedoch nur unter der anspruchsvollen Annahme, dass die Betriebsgröße aller öffentlichen Einrichtungen optimal ist. Das muss nicht der Fall sein. Auch dürfte der Rückbau der staatlichen Infrastruktur bei einer schrumpfenden Bevölkerung nicht kostenlos sein. Wenn die allgemeinen Staatsausgaben aber bei gleichem Leistungsniveau pro Kopf unterdurchschnittlich mit der Bevölkerung wachsen oder wenn sie bei einem Bevölkerungsrückgang nicht in vollem Umfang sinken, dann können die Kosten nicht proportional auf Ausländer und Deutsche umgelegt werden.

### Vernachlässigung der Einkommenseffekte für die deutsche Bevölkerung

Die Studie von Holger Bonin und die Berechnungen von Hans-Werner Sinn stellen nur den Nettobetrag der deutschen und ausländischen Bevölkerung gegenüber. Sie lassen damit einen erheblichen Teil der fiskalischen Effekte unberücksichtigt: Durch Zuwanderung steigen die Einkommen der deutschen Bevölkerung und damit ihre Steuer- und Abgabenzahlungen. So steigen die Kapitaleinkommen durch Zuwanderung, während die Summe der Arbeitseinkommen der deutschen Bevölkerung bei einer Anpassung des Kapitalstocks an die Ausweitung des Arbeitsangebots konstant

<sup>5</sup> Dem wird häufig entgegen gehalten, dass aufgrund der Altersstruktur und des Bildungsniveaus mit steigendem Ausländeranteil die Ausgaben für die öffentliche Sicherheit steigen. Dies ist durchaus möglich, dürfte aber an dem grundsätzlichen Phänomen, dass einkommensstärkere Gruppen überdurchschnittlich die staatliche Infrastruktur nutzen, nichts Wesentliches ändern.

<sup>6</sup> Beise, Süddeutsche Zeitung Online, 5.1.2015, Demling/Rickens, Spiegel Online, 30.12.2014, Straubhaar, Welt Online, 1.1.2015.

<sup>7</sup> Vgl. Hans-Werner Sinn argumentiert mit der Theorie der Klub-Güter. Sinn, Ifo-Schnelldienst 3/2015.

bleibt oder sogar steigt.<sup>8</sup> Per Saldo ergibt sich ein Anstieg der zu versteuernden Einkommen der deutschen Bevölkerung. Dies erhöht den fiskalischen Beitrag der Zuwanderung erheblich.

### **Ist der Nettobeitrag positiv oder negativ?**

Die Bewertung des Nettobeitrags der ausländischen Bevölkerung zu den öffentlichen Haushalten hängt also von vielen Annahmen ab. In vielen Bereichen liegen keine ausreichenden empirischen Erkenntnisse vor. Das gilt für die Nutzung staatlicher Güter durch Deutsche und Ausländer, die Größenvorteile bei der Bereitstellung staatlicher Infrastruktur, die Kosten eines Rückbaus der staatlichen Infrastruktur und die zusätzlichen Steuern und Abgaben, die der Staat durch den Einkommensanstieg der deutschen Bevölkerung erzielt. Insofern kann kein eindeutiges Urteil getroffen werden. Ein negativer Beitrag ergibt sich nur dann, wenn man annimmt, dass

- die Zuwanderung die Einkommen der deutschen Bevölkerung unverändert lässt,
- Ausländer und Deutsche alle allgemeinen staatlichen Leistungen in gleichem Maße nutzen,
- es keine Größenvorteile bei der Bereitstellung staatlicher Leistungen gibt bzw. die Kosten der Nutzung staatlicher Leistungen nicht unterdurchschnittlich mit der Bevölkerungsgröße wachsen.

## **2 Langfristige Effekte der Zuwanderung**

### **Langfristige Effekte**

Durch den demografischen Wandel wird das Verhältnis von Personen, die nicht mehr im Erwerbsleben stehen, zu den Erwerbstätigen deutlich ansteigen. Das ist bei der Analyse der langfristigen Effekte der Zuwanderung zu beachten. Da Zuwanderer durchschnittlich jünger sind als die bereits in Deutschland lebende Bevölkerung, steigt durch Zuwanderung das Verhältnis von Erwerbspersonen zu den nicht mehr Erwerbstätigen. Die künftigen Zuwanderer tragen deshalb einen größeren Anteil der Transfers der Erwerbstätigen an die ältere Generation als in der Gegenwart. Das verbessert die fiskalische Bilanz der Zuwanderung.

### **Große Unterschiede zwischen den Neuzuwanderern und der ausländischen Bevölkerung**

Langfristig kommt auch zum Tragen, dass sich das Bildungsniveau und die Arbeitsmarktintegration der Neuzuwanderer grundlegend von der der ausländischen Bevöl-

---

<sup>8</sup> Bei einer Ausweitung des Arbeitsangebots passt sich der Kapitalstock durch Investitionen und Kapitalzuflüsse aus dem Ausland langfristig an. Dies führt zu steigenden Vermögenseinkommen. Die Wirkungen auf die Verdienste der deutschen Arbeitnehmer hängen davon ab, ob sie im Produktionsprozess durch die Zuwanderer ergänzt oder ersetzt werden. Empirische Befunde sprechen dafür, dass die ergänzenden Effekte überwiegen.

kerung unterscheidet: 2013 hatten 39 Prozent der 25- bis 64-jährigen Neuzuwanderer einen Hochschulabschluss und 32 Prozent keinen Berufsabschluss.<sup>9</sup> Im Bestand der ausländischen Bevölkerung hatten dagegen nur 18 Prozent einen Hochschulabschluss und 42 Prozent keine abgeschlossene Berufsausbildung. Auch sind die Beschäftigungs- und Erwerbsquoten der Zuwanderer höher als im Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung. Je höher die Qualifikation der Migranten und je höher ihre Erwerbsquoten, desto besser fällt die fiskalische Bilanz der Zuwanderung aus.

### **Die Nachhaltigkeitslücke der öffentlichen Haushalte**

Der demografische Wandel führt zu höheren Transfers an die älteren Generationen. Ohne Zu- und Rückwanderung wird sich bei der gegenwärtigen Einnahme- und Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte<sup>10</sup> voraussichtlich eine Nachhaltigkeitslücke in Höhe von 3,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ergeben.<sup>11</sup> Als Nachhaltigkeitslücke wird der Beitrag bezeichnet, um den die öffentlichen Ausgaben reduziert oder die Steuern und Abgaben erhöht werden müssen, wenn die öffentlichen Haushalte langfristig ausgeglichen sein sollen.<sup>12</sup>

### **Beitrag der Zuwanderung hängt von der Qualifikation der Migranten ab**

Ob durch Zuwanderung die Nachhaltigkeitslücke steigt oder sinkt, hängt von der Qualifikation und der künftigen Arbeitsmarktintegration der Zuwanderer ab. Durch die positiven Auswirkungen der Zuwanderer auf die Altersstruktur der Bevölkerung müssen die Migranten allerdings nicht genauso gut wie die einheimische Bevölkerung qualifiziert und in den Arbeitsmarkt integriert sein, damit ein positiver Nettobeitrag entsteht.

### **Langfristige Gewinne wahrscheinlich**

In dem kontrafaktischen Fall, dass die Zuwanderer die gleiche Qualifikations- und Beschäftigungsstruktur haben werden wie die ausländische Bevölkerung im Jahr 2012, würde nach der Studie von Holger Bonin die Nachhaltigkeitslücke bei einer Nettozuwanderung von 200.000 Personen um 0,4 Prozent des BIP steigen. Dabei wird von Bonin angenommen, dass die allgemeinen Staatsausgaben proportional zur Bevölkerung steigen bzw. fallen. Neutral wären die Effekte, wenn 80 Prozent der Zuwanderer genauso qualifiziert wären wie der Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung 2012, aber 20 Prozent wie der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung. Es ist sehr wahrscheinlich, dass dieser Schwellenwert überschritten wird.<sup>13</sup>

<sup>9</sup> Daten des Mikrozensus 2013.

<sup>10</sup> Einschließlich der schrittweisen Einführung der Rente mit 67.

<sup>11</sup> Vgl. Holger Bonin (2014).

<sup>12</sup> Man spricht von einer „Nachhaltigkeitslücke“, weil die öffentlichen Haushalte nicht dauerhaft im Defizit sein können, ohne die intertemporale Budgetrestriktion zu verletzen.

<sup>13</sup> In allen diesen Berechnungen wurden die allgemeinen Staatsausgaben und -einnahmen proportional auf die deutsche und ausländische Bevölkerung verteilt.

### **Gewinne bei gleichbleibender Qualifikation der Neuzuwanderer**

Wenn die künftigen Zuwanderer zu 60 Prozent so gut qualifiziert und integriert wären wie die Deutschen, dann würde bei einer Nettozuwanderung von 200.000 Personen die Nachhaltigkeitslücke der öffentlichen Haushalte um 0,7 Prozent des BIP pro Jahr verringert. Es können also hohe Gewinne entstehen. Im Jahr 2012 waren der Anteil der Hochschulabsolventen unter den Neuzuwanderern 21 Prozentpunkte höher und der Anteil der Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung 7 Prozentpunkte geringer als im Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung 2012. Es sind folglich hohe Gewinne für die öffentlichen Haushalte durch Zuwanderung zu erwarten – sofern die Qualifikationsstruktur der künftigen Zuwanderer mindestens so bleibt wie sie gegenwärtig ist.<sup>14</sup>

## **3 Fazit**

### **Langfristig positiver Beitrag**

Sofern die Zuwanderer auch in Zukunft ähnlich gut qualifiziert sind wie in den vergangenen fünf Jahren, dürfte die Zuwanderung einen erheblichen Beitrag dazu leisten, den durch den demografischen Wandel entstehenden Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte zu reduzieren. Damit wird die einheimische Bevölkerung entlastet. Das gilt auch unter konservativen Annahmen über die Bereitstellung staatlicher Leistungen.

### **Qualifikation und Arbeitsmarktintegration entscheiden über den fiskalischen Beitrag**

Unumstritten ist, dass mit steigender Qualifikation, qualifikationsadäquater Beschäftigung und einer guten Arbeitsmarktintegration die fiskalischen Gewinne durch Migration steigen. Insofern wird die Einwanderungs- und Integrationspolitik eine entscheidende Rolle für die fiskalische Bilanz der Zuwanderung spielen.

### **Ungewissheit über den Beitrag der ausländischen Bevölkerung 2012**

Wenn die allgemeinen Staatsausgaben und –einnahmen proportional auf Deutsche und Ausländer verteilt werden, ergibt sich im Jahr 2012 ein positiver Nettobeitrag der ausländischen Bevölkerung von 200 Euro, unter Berücksichtigung der Zinsausgaben ein negativer Nettobeitrag von 590 Euro. Diese Rechnung lässt die höheren Steuern und Abgaben, die durch den Einkommensanstieg der deutschen Bevölkerung entstehen, unberücksichtigt. Auch ist bei dem gegenwärtigen empirischen Erkenntnisstand ungewiss, ob die allgemeinen Staatsausgaben und –einnahmen proportional auf Deutsche und Ausländer verteilt werden dürfen.

<sup>14</sup> Allerdings kann dieser Gewinn nicht exakt quantifiziert werden – die Szenarien von Holger Bonin entsprechen nicht genau der Qualifikation der gegenwärtigen Zuwanderer.



## Literatur

Bonin, Holger (2014): Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Bonin, Holger (2015): Die Gastarbeiterära ist längst vorbei, Zeitonline, 9.1.2015.

Beise, Marc (2015): Zuwanderung nach Deutschland: Ein Sturm braut sich zusammen, Süddeutsche Zeitung Online, 5.1.2015.

Demling, Alexander, Rickens, Christian (2014): Kritik an Zuwanderung: Der Fehler in Hans-Werner Sinns Migranten-Mathematik, Spiegel-Online, 30.12.2014.

Sinn, Hans-Werner (2014): Migration ist ein Verlustgeschäft, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.12.2014.

Sinn, Hans-Werner (2015): Migration – Gut für den Arbeitsmarkt, schlecht für den Staat, Wirtschaftswoche, 11.2.2015.

Sinn, Hans-Werner (2015), Eine Nachlese zur Migrationsdebatte. Ifo-Schnelldienst 3/2015, S. 3-4.

Straubhaar, Thomas (2015): Sinns Kostenrechnung: Lasst den Dampf aus der Migrationsdebatte, Die Welt, Online, 1.1.2015.

# Impressum

## Herausgeber

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung,  
Regensburger Straße 104,  
90478 Nürnberg

## Autoren

Prof. Dr. Herbert Brücker

## Rechte

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung des IAB gestattet

## Website

[www.iab.de](http://www.iab.de)

## Bezugsmöglichkeit

[http://doku.iab.de/aktuell/2015/aktueller\\_bericht\\_1506.pdf](http://doku.iab.de/aktuell/2015/aktueller_bericht_1506.pdf)